



# NEUESTE NACHRICHTEN

Donnerstag, 15. Dezember 2022

Badische Presse

77. Jahrgang • Nr. 290 • Ausgabe Karlsruhe

## Frankreich erneut im WM-Finale

Al-Chaur (sid). Mbappe gegen Messi – die Wüsten-WM bekommt ihr heißes Traumfinale der Superstars und Teamkollegen. Kylian Mbappe und Frankreichs standhafte Weltmeister haben das marokkanische Fußball-Märchen in einem packenden Halbfinale mit einem 2:0 (1:0) beendet. Sie können am Sonntag (16 Uhr/ARD und MagentaTV) gegen Lionel Messi und Argentinien als erste Mannschaft seit Brasilien 1962 zum zweiten Mal in Folge den Goldpokal holen.

Für die stets mutigen und aggressiven Marokkaner platzte nach dem historischen Vorstoß in die Vorschussrunde der Traum, als erste afrikanische Mannschaft das Endspiel zu erreichen. Frankreich gegen Argentinien, das ist hingegen das perfekte Finale für Katar: Die Weltstars beider Nationen sind Vereinskollegen bei Paris St. Germain – und der französische Meister gehört dem WM-Gastgeber. Die Argentinier hatten Kroatien am Dienstag 3:0 besiegt.

Die Franzosen zogen nach. Die 68.294 Zuschauer im „Beduinenzelt“ von Al-Khor unterstützten zum Großteil mit riesiger Leidenschaft den Außenseiter, allein die Hymne war ein Ereignis. Doch es half nichts: Theo Hernandez (5.), jüngerer Bruder des verletzten Bayern-Spielers Lucas, und der 44 Sekunden zuvor eingewechselte Frankfurter Randal Kolo Muani (79.) führten Frankreich ins Finale. Staatspräsident Emmanuel Macron jubelte neben dem FIFA-Regenten Gianni Infantino. ■ Sport

### SPIELERGEBNIS

Frankreich – Marokko 2:0

## Strobl: Abschiebung nach schwerer Straftat

Stuttgart (dpa). Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl hat angesichts der blutigen Attacke auf zwei Mädchen in Illerkirchberg gefordert, Menschen nach schweren Straftaten wieder abzuschicken. „Wer als Geflüchteter in dem Land, das ihm Schutz gewährt, einen Menschen ermordet und einen weiteren Menschen schwer verletzt, der hat sich dafür entschieden, dass er in diesem Land nicht bleiben möchte“, sagte der CDU-Politiker.

Strobl warnte dennoch davor, die Tat von Illerkirchberg nahe Ulm letztlich politisch zu instrumentalisieren. Es gebe keine Hinweise auf eine politisch, religiös oder extremistisch motivierte Tat. Die innere Sicherheit im Südwesten sei gewährleistet. ■ Südwestecho

### WETTER

-6° | 2°



### SERVICE

service.bnn.de/kontakt (07 21) 7 89-72

### HIER FINDEN SIE UNS:

bnn.de bnn.de/facebook bnn.de/instagram



Einzelpreis: Montag – Freitag € 2,50 | Samstag € 2,70



Vertrieben aus der Heimat: Ein Junge schaut in der ostukrainischen Region Donezk aus dem Fenster eines Evakuierungszugs. In Baden-Württemberg sind etwa 28.000 Kinder im schulpflichtigen Alter aus der Ukraine angekommen. Foto: Anatolii Stepanov

## Menschen bleiben hilfsbereit

### Hohe Zahl der Geflüchteten beunruhigt die Bevölkerung kaum

Von Volker Neuwald

Karlsruhe. Baden-Württemberg hat in diesem Jahr nach Angaben des Justizministeriums rund 169.000 Menschen auf der Flucht aufgenommen. Knapp 143.000 davon sind vor dem Krieg in der Ukraine geflohen, darunter laut Kultusministerium 28.000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Trotz der zusätzlichen Belastungen für Städte und Gemeinden hält sich die Beunruhigung der Bevölkerung in Grenzen. Zu diesen Ergebnissen kommt der neueste Baden-Württemberg-Check.

Im Auftrag der südwestdeutschen Zeitungsverlage hat das Institut für Demoskopie Allensbach dafür 1.060 repräsentativ ausgewählte Einwohner ab 18 Jahren befragt.

Ein Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine ist nicht absehbar. Diese unsichere Lage erkennen auch die Befragten an. 73 Prozent sprechen sich dafür aus, weitere Geflüchtete aus dem osteuropäischen Land aufzunehmen. Davon sind 39 Prozent für eine Begrenzung, während 34 Prozent die Meinung vertreten, so viele Geflüchtete wie möglich unbürokratisch

aufzunehmen. Nur 18 Prozent möchten sehr wenige oder gar keine Menschen auf der Flucht mehr ins Land lassen.

Das aktuelle Geschehen wird von den Befragten teilweise mit Sorge gesehen: 39 Prozent machen sich Gedanken über die weitere Entwicklung der Flüchtlingssituation. 27 Prozent sind überzeugt, dass

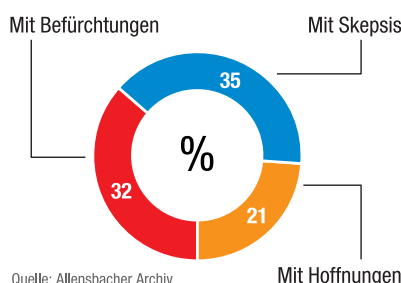
Zugang zu Sozialleistungen Flüchtlinge angezogen werden. Ebenso viele kritisieren, es werde zu wenig kontrolliert, welche Geflüchtete nach Deutschland kommen. Auch wenn das in erster Linie den Bund betrifft, strahlt die Bewertung auf die Landespolitik aus: 27 Prozent der Befragten bewerten sie positiv, 49 Prozent kritisch. Das Urteil wird laut Allensbach stark davon beeinflusst, ob die nähere Region viele Flüchtlinge verzeichnet und ob deren Aufenthalt als vorübergehend oder dauerhaft eingeschätzt wird.

Kritisch wird die Situation an den Schulen eingeschätzt: 48 Prozent der Befragten gehen aufgrund der vielen zusätzlichen Schüler von einer „völligen Überforderung“ aus. Dass Turnhallen vorübergehend als Notunterkünfte genutzt werden, finden 44 Prozent in Ordnung. 38 Prozent sind gegen diese Zweckentfremdung. 49 Prozent aller Befragten gehen davon aus, dass die meisten Ukrainer nach Ende des Krieges wieder in ihre Heimat zurückkehren werden.

Die Stimmung im Südwesten ist weiter von Pessimismus geprägt. Mit Befürchtungen blicken noch 32 Prozent der Befragten auf die kommenden zwölf Monate (minus sechs Prozent). Dafür ist der Anteil der Skeptiker auf 35 Prozent gestiegen, den höchsten Wert seit mehr als zwei Jahren. Zuversichtlich in die nähere Zukunft blickt aktuell nur jeder Fünfte. ■ Kommentar, Seite 4

### Wenig Optimismus

„Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“



Deutschland im Moment die Situation im Griff hat, aber überfordert sein könnte, wenn die Zahl der Geflüchteten weiter deutlich wächst. Auch das Handeln des Staates wird kritisch gesehen. So geben für 51 Prozent sogenannte „Pull-Effekte“ Anlass zur Sorge – dass also aufgrund des



BNN

## Hunderte von Glätte-Unfällen

### Kliniken nach Eisregen und Schneefällen teilweise überlastet

Karlsruhe/Pforzheim (ew/dpa). Auf eisglatten Straßen haben sich am Mittwoch Hunderte von Unfällen in Baden-Württemberg ereignet – allein rund 100 waren es im Raum Pforzheim. Der Wintereinbruch mit Eisregen und Schnee überforderte teilweise die Notaufnahmen, da zahlreiche Brüche von Unfallopfern und gestürzten Personen zu versorgen waren. Im besonders betroffenen Freiburg mussten Rettungskräfte sogar kurzfristig einen Behandlungsplatz in der Freiburger Messehalle aufbauen, weil in den Kliniken nichts mehr ging. Die Notfallaufnahme der BG Klinik Tübingen war voll ausgelastet.

Auch in Baden-Baden kamen zahlreiche Menschen mit Knochenbrüchen in die Klinik. An der Schwarzwaldhochstraße suchten gleichzeitig die ersten Skifahrer den Spaß auf der Piste: Die Skilifte Unterstmatt und Seibelseckle haben geöffnet. ■ Südwestecho



Alptraum und Grund zur Freude: Vielen Autofahrern setzte der Wintereinbruch zu. An der Schwarzwaldhochstraße eröffneten zugleich die ersten Lifte. Foto: Bernhard Margull

## Twitter muss löschen

Frankfurt (dpa). Der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Michael Blume hat im Rechtsstreit gegen Twitter um die Verbreitung mutmaßlicher Falschaussagen größtenteils einen Erfolg erzielt. Betroffene können von der Plattform verlangen, dass falsche oder ehrverletzende Tweets über sie gelöscht werden, entschied das Landgericht Frankfurt am Mittwoch. Die Richter gingen aber noch einen Schritt weiter: So muss der Kurznachrichtendienst demnach auch kerngleiche Äußerungen entfernen, sobald er von den konkreten Persönlichkeitsverletzungen Kenntnis erlangt.

„Die Entscheidung zeigt: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum“, sagte die Vorsitzende Richterin Ina Frost. In dem Eilverfahren hatten Blume und die unterstützende Organisation HateAid Twitter vorgeworfen, für die Verbreitung von Verleumdungen mitverantwortlich zu sein. Blume sagte in Stuttgart, seine unmittelbare Hoffnung sei, dass alle Betroffenen den Mut fassten, über das Thema zu reden.

Konkret war in den Tweets laut Blume behauptet worden, dieser gehe fremd und er betrüge seine Frau mit Minderjährigen. Außerdem wurde dem Gericht zufolge verbreitet, er sei in „antisemitische Skandale“ verstrickt und „Teil eines antisemitischen Packs“.

Laut der Gerichtsentscheidung sind diese „ehrenrührigen Behauptungen unwahr“. Die Bezeichnung als Antisemit sei zwar zunächst eine Meinungsäußerung, sie sei aber in dem gewählten Kontext rechtswidrig, denn sie trage nicht zur öffentlichen Meinungsbildung bei und zielen erkennbar darauf ab, Stimmung gegen Blume zu machen, hieß es.

## USA erwägen Patriots für Ukraine

Washington (dpa). Die US-Regierung zieht Medienberichten zufolge eine Lieferung des „Patriot“-Flugabwehrsystems an die Ukraine in Betracht. Das Vorhaben müsse aber noch von Verteidigungsminister Lloyd Austin final genehmigt werden, berichteten mehrere US-Medien unter Berufung auf nicht namentlich genannte Regierungsquellen. Das Luftverteidigungssystem „Patriot“ würde in der von Russland angegriffenen Ukraine einen Teil der Karten neu mischen. Es kann Flugzeuge, Marschflugkörper, Drohnen oder Raketen auch in größerer Entfernung abwehren.

Das US-Verteidigungsministerium bestätigte die Berichte bisher nicht. Es gebe aktuell nichts anzukündigen, sagte Pentagon-Sprecher Pat Ryder. Man sei im Gespräch mit Kiew und prüfe mit Blick auf die Bedürfnisse immer „das gesamte Spektrum der Sicherheitsunterstützung und der Verteidigungsfähigkeiten“ in US-Beständen. Den Berichten zufolge könnte es noch in dieser Woche eine finale Ankündigung geben. ■ Kommentar

## Klima bremst Klimaaktivisten aus

München (dpa). Nach Angaben der Polizei sind Klimaaktivisten am Mittwoch in München wegen des nasskalten Wetters bei einem Versuch gescheitert, sich erneut auf einer Straße festzukleben. Zwei Menschen hätten probiert, sich auf einer Fahrbahn in unmittelbarer Nähe der Staatskanzlei festzukleben, sagte ein Polizeisprecher. „Das Kleben hat aber witterungsbedingt nicht funktioniert.“ Die beiden Protestteilnehmer saßen demnach deshalb nur mit einem Transparent auf der Straße.

Die Gruppe selbst teilte mit, die zwei Aktivisten hätten sich mit Kleister überschüttet, um die „Absurdität“ der seit Samstag gültigen Regelverschärfung der Stadt München zu den Protesten zu zeigen. Das Problem: Der Kleister hat auf der vereisten und nassen Straße nicht gehalten.